



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses  
am 11.12.2025**

***öffentlich***

---

|                     |                                                                          |
|---------------------|--------------------------------------------------------------------------|
| <b>Ort:</b>         | <b>Stadthaus, Wappensaal,<br/>Marktplatz 2,<br/>06108 Halle (Saale),</b> |
| <b>Zeit:</b>        | <b>16:03 Uhr bis 16:44 Uhr</b>                                           |
| <b>Anwesenheit:</b> | <b>siehe Teilnahmeverzeichnis</b>                                        |

**Anwesend waren:**

Torsten Radtke

Alexander Raue  
Thorben Vierkant  
Guido Haak  
Katja Müller  
Dr. Silke Burkert

Melanie Ranft  
Ferdinand Raabe  
Andreas Silbersack

AfD-Stadtratsfraktion  
Vertreter für Herrn Heym  
AfD-Stadtratsfraktion  
AfD-Stadtratsfraktion  
CDU-Stadtratsfraktion  
Fraktion Die Linke  
SPD-Fraktion  
Vertretung für Herrn Eigendorf  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion Volt/MitBürger  
Fraktion FDP/FREIE WÄHLER

**Verwaltung:**

Dr. Alexander Vogt  
Egbert Geier

René Rebenstorf  
Dr. Judith Marquardt  
Katharina Brederlow  
Beate Saubke  
Marco Schreyer  
Maik Stehle

Oberbürgermeister  
Bürgermeister  
Beigeordneter für Finanzen und Personal  
Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt  
Beigeordnete für Kultur und Sport  
Beigeordnete für Bildung und Soziales  
Leitung des Büros des Oberbürgermeisters  
Leiter Fachbereich Recht  
Protokollführer

**Entschuldigt fehlten:**

Carsten Heym  
Christoph Bernstiel  
Dr. Bodo Meerheim  
Eric Eigendorf

AfD-Stadtratsfraktion  
CDU-Stadtratsfraktion  
Fraktion Die Linke  
SPD-Fraktion

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Vogt** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** sagte, dass nichts von der Tagesordnung zu nehmen ist. Des Weiteren gab es keine Änderungen und Ergänzungen.

## TOP 7.2

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** um Abstimmung bat

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- 3 -

- 7.2. Antrag der CDU-Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale) auf Prüfung der Einführung von kontrollintensiven Bereichen zur Einschränkungen des zu öffentlichen Verschmutzungen und Vandalismus führenden Alkoholmißbrauches

Vorlage: VIII/2025/01801

**V E R T A G T**

- 7.3. Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Halbierung der Aufwandspauschalen von Stadträten und Vorsitzenden

Vorlage: VIII/2025/01773

8. Mitteilungen

- 8.1. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Beflaggung vor dem Stadthaus

Vorlage: VIII/2025/01908

- 8.2. Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur digitalen Zuschaltung von Beschäftigten der Verwaltung zur Beantwortung von Sachfragen in Ausschusssitzungen des Stadtrates Halle (Saale)

Vorlage: VIII/2025/01930

- 8.3. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Martin Sehrndt zum Mühlweg

- 8.4. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität an Haltestellen

Vorlage: VIII/2025/01881

9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

- 9.1. Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zur gesundheitlichen Situation der Mitarbeitenden und zum Umgang mit Überlastungsanzeigen

Vorlage: VIII/2025/01887

10. Anregungen

11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.11.2025

12. Beschlussvorlagen

- 12.1. Entlassung eines Beschäftigten der Stadt Halle (Saale) ab Entgeltgruppe 14 TVöD zum nächstmöglichen Zeitpunkt

Vorlage: VIII/2025/01975

13. Anträge von Fraktionen und Stadträten

14. Mitteilungen

15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

16. Anregungen

### zu 3      Einwohnerfragestunde

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** eröffnete die Einwohnerfragestunde.

#### zu 3.1      Fragesteller 1 zur Beantragung von Fördermitteln

---

**Fragesteller 1** bezog sich auf die Stadtratssitzung vom 24. September und zitierte das Protokoll, in dem der Fragesteller 3 den Weltfriedenstag am 1. September ansprach. Dabei fragte er, wie die Stadt künftig ein so wichtiges Thema auf die Tagesordnung setzen will und welche Aktivitäten sie in diesem Zusammenhang plant. Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt antwortete, dass die Stadtverwaltung verschiedene Akteure, Träger und Vereine unterstützt, die sich für den Frieden engagieren, wobei auch freiwillige Mittel zur Förderung der Demokratie eingesetzt werden.

**Fragesteller 1** betonte, dass er im eigenen Namen spricht und sich für den Frieden engagiert. Er verwies auf den bevorstehenden Ostermarsch 2026 und fragte, wie er Fördermittel erhalten kann, um dieses Engagement zu unterstützen. Abschließend erkundigte er sich nach den erforderlichen Schritten, um Fördermittel zu beantragen, und wer der Ansprechpartner dafür ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** erläuterte, dass die Stadtverwaltung grundsätzlich Interessenbekundungen entgegennimmt, die unter anderem im Rahmen der Kulturförderrichtlinie einfließen. Er verwies auf weitere Fördermöglichkeiten, etwa über Ausschüttungen der Saalesparkasse, für die man sich bewerben kann. Er sicherte eine ausführliche schriftliche Antwort per Mail bis Mitte Januar 2026 zu.

#### zu 3.2      Fragesteller 2 zur Straßenreinigung

---

**Fragesteller 2** stellte eine Frage zu haushaltsrelevanten Mehrausgaben. Er bezog sich auf einen Tagesordnungspunkt im Finanzausschuss, bei dem für das Produkt Straßenreinigung eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 982.000 Euro beschlossen wurde, ohne dass darüber eine ausführliche Debatte stattgefunden hat. Er bat um eine genauere Begründung für diese erheblichen Kostensteigerungen von fast einer Million.

Er bezog sich auf die Haushaltsentwürfe und Vorjahresergebnisse und sagte, dass die ordentlichen Aufwendungen für die Straßenreinigung von 2018 bis 2024 von 5,1 auf 6,5 Millionen Euro gestiegen sind. Für 2025 sind zudem 6,3 Millionen Euro angesetzt worden, also sogar weniger als das Ergebnis 2024. Vor diesem Hintergrund hinterfragte er den Mehraufwand von rund einer Million Euro. Die von der Verwaltung genannten Gründe wie verstärkte Graffiti beseitigung, Entfernung von Öls Spuren durch Fachfirmen sowie allgemeine Lohnkostensteigerungen stellte er nicht grundsätzlich infrage. Dennoch ist der Mehraufwand von rund 15 % des Budgets erheblich. Er fragte, um welche konkreten Maßnahmen größeren Umfangs es sich dabei handelt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** sagte, dass für ihn als Oberbürgermeister die Themen Sicherheit und Ordnung in der Stadt höchste Priorität haben. Zur Ordnung gehört auch eine saubere Stadt. Dies stellt aus seiner Sicht eine wesentliche Erklärung für die Mehrausgaben dar.

**Herr Rebenstorf** erklärte, dass die Graffitibeseitigung nicht der wesentliche Kostentreiber ist. Maßgeblich sind die Mehrausgaben für die Beräumung illegaler Sperrmüllablagerungen. Da die Verursacher häufig nicht ermittelt werden können, blieben die Kosten bei der Stadt. Dieser Kostenfaktor hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen und spiegelt sich nun im Haushalt wider. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Europa-Chaussee. Für Teile dieser Straße läuft die Gewährleistung hinsichtlich der Grünpflege aus, sodass die Pflege des Straßenbegleitgrüns nun in die Verantwortung der Stadt übergeht. Aufgrund der Größe der Europa-Chaussee sind dadurch erhebliche zusätzliche Flächen und damit Kosten hinzugekommen.

**Fragesteller 2** sagte, dass sich offenbar systemische Änderungen ergeben haben, etwa durch das Auslaufen von Gewährleistungszeiträumen, was grundsätzlich planbar gewesen ist. Er fragte, warum diese absehbaren Mehrkosten nicht bereits im Haushaltsplan berücksichtigt wurden. Er verwies darauf, dass der Planansatz für 2025 um rund 200.000 Euro gesunken ist und nun durch einen Nachschuss von etwa einer Million Euro deutlich ansteigt.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Antwort zu.

#### **zu 4      Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.11.2025**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 19. November 2025. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                      **bestätigt**

#### **zu 5      Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

##### **zu 5.1      Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.11.2025** **Vorlage: VIII/2025/02002**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** wies darauf hin, dass die Informationsvorlage vor dem Wappensaal ausgehängt ist.

#### **zu 6      Beschlussvorlagen**

---

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

## zu 7      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### zu 7.1      **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Schaffung eines Parkraumkonzeptes für die Peißnitzbühne** **Vorlage: VIII/2025/01755**

---

**Herr Vierkant** erläuterte, dass der Hintergrund des Antrags in der zunehmenden Beliebtheit der Peißnitzbühne liegt. Der Betreibervertrag ist verlängert worden, da der Betrieb gut läuft. Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen. Diese Empfehlung kommt aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung. Für seine Fraktion ist die Wirtschaftsförderung der Stadt ein wichtiges Thema, da solche Veranstaltungen hohen Zuspruch erhalten. Kritisch bemerkte er, dass die Verwaltung keine Begründung für ihre Zustimmung gegeben hat, und regte an, dass künftig die fachliche Expertise der Verwaltung stärker begründet werden sollte. Er wies darauf hin, dass im Sommer bei Auftritten beliebter Gruppen oder einzelner Künstler regelmäßig Parkchaos in der Stadt entsteht. Die Saaleschleife muss aus Sicherheitsgründen für Rettungsdienste abgesperrt werden, wodurch einige Personen rechtswidrig, unter anderem auf Grünstreifen, parken. Ziel des Antrags ist es, dies geordnet zu regeln. Es wird keine konkrete Lösung vorgeschlagen, weshalb der übertragene Wirkungskreis nicht berührt ist. Der Parkplatz Heidecampus ist zwar meist als Großraumparkplatz ausgewiesen, reicht aber von den Kapazitäten her nicht aus und ist mit rund zwei Kilometern Entfernung zur Bühne für mobilitätseingeschränkte Personen wenig praktikabel. Er bat um Zustimmung zu dem Antrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

#### **Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein Parkraumkonzept für die Peißnitzbühne zu entwickeln und dieses dem Stadtrat bis März 2026 vorzulegen.

### zu 7.3      **Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Halbierung der Aufwandspauschalen von Stadträten und Vorsitzenden** **Vorlage: VIII/2025/01773**

---

**Herr Silbersack** bezog sich auf die Diskussion im Stadtrat und betonte, dass er die Gegenargumente gehört hat, dennoch aber angesichts der Gesamtsituation und der Mittel, die den Fraktionen zur Verfügung stehen, eine Halbierung der Aufwandspauschalen für angemessen hält. Seine Fraktion hält diesen Weg für richtig, weshalb der Antrag gestellt wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:****mehrheitlich abgelehnt****Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, eine 5. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung)“ zur erneuten Beschlussfassung mit folgenden Änderungen vorzulegen:

a) § 1 Abs. 1 der Entschädigungssatzung wird so geändert, dass die monatliche pauschale Aufwandsentschädigung für Stadträtinnen und Stadträte von monatlich 230,00 EUR auf 115,00 EUR abgesenkt wird.

b) § 2 Abs. 1 der Entschädigungssatzung wird so geändert, dass der zusätzliche monatliche Pauschalbetrag für den Vorsitzenden des Stadtrates von monatlich 120,00 EUR auf 60,00 EUR abgesenkt wird.

c) § 3 Abs. 1 der Entschädigungssatzung wird so geändert, dass der zusätzliche monatliche Pauschalbetrag für Vorsitzende eines Ausschusses von 85,00 EUR auf 42,50 EUR abgesenkt wird.

d) § 3 Abs. 2. der Entschädigungssatzung wird so geändert, dass der zusätzliche monatliche Pauschalbetrag der Vorsitzenden der Fraktionen von 120,00 EUR auf 60,00 EUR abgesenkt wird.

e) § 5: Die Änderungssatzung tritt zum 1. Januar 2026 in Kraft.

Der Ansatz im Haushaltsplan 2026 für das Produkt 1.11101 Steuerung der Kommune ist dementsprechend anzupassen.

~~Die Maßnahme ist in das Haushaltskonsolidierungskonzept aufzunehmen.~~

**zu 8            Mitteilungen**

---

**zu 8.1        Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Beflaggung vor dem Stadthaus  
Vorlage: VIII/2025/01908**

---

**Herr Raue** erklärte, dass es positiv ist, die städtische Fahne bei wichtigen Ergebnissen zu hissen, da dies sowohl die Bürger als auch die Stadträte freut und das Selbstbewusstsein der Stadt sowie die Bedeutung getroffener Entscheidungen zeigt. Seine Fraktion unterstützt diese Anregung.

**Herr Silbersack** erklärte, dass es sinnvoll ist, im übertragenen Sinne „Flagge zu zeigen“. Seine Fraktion unterstützt die Anregung.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** informierte, dass die Anregung aufgenommen wird.

### **Anregung:**

Der halleische Stadtrat ist die demokratisch gewählte Vertretung der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Kommune. Er trifft zu vielen Belangen, die Halle betreffen, wichtige Entscheidungen. Dass das höchste Gremium im Stadthaus tagt, sollte sich auch auf dem Marktplatz als Zeichen lebendiger Demokratie widerspiegeln.

### **Wir regen deshalb an:**

Am Tag der Stadtratssitzungen wird an den Fahnenmasten vor dem Stadthaus die Flagge der Stadt Halle (Saale) gehisst.

### **zu 8.2 Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur digitalen Zuschaltung von Beschäftigten der Verwaltung zur Beantwortung von Sachfragen in Ausschusssitzungen des Stadtrates Halle (Saale) Vorlage: VIII/2025/01930**

---

**Herr Silbersack** erklärte, dass das Ziel der Anregung darin besteht, lange Verwaltungswege zu vermeiden und Dinge auf direktem Weg beantworten zu können, die sonst einen langen Verfahrensweg hätten. Seine Fraktion begrüßt es, diese Anregung als Maßnahme zur Entbürokratisierung zu berücksichtigen.

**Frau Müller** hinterfragte, warum die Fraktion ihre eigenen Anregungen kommentiert, da normalerweise die Verwaltung über Anregungen informiert. Sie zeigte sich verwundert, dass die Anreger aufgerufen werden und gleichzeitig darüber diskutiert werden kann, und fragte, ob dieses neue Verfahren beibehalten wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** nahm die Anregungen von Frau Müller auf.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bezog sich auf die Anregung von Herrn Silbersack und erläuterte, dass die Verwaltung diese aus praktischen Gründen nicht so umsetzen kann, da spontane Reaktionen erforderlich sind. Aufgrund möglicher auftretender technischer Probleme ist eine Umsetzung während einer Sitzung nicht praktikabel. Der Vorschlag ist grundsätzlich wichtig, und die Verwaltung arbeitet daran, digitaler zu werden, rät jedoch davon ab, in dieser Form digital Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinzuzuschalten.

### **Anregung:**

Die regelmäßige Anwesenheit fachlich zuständiger Verwaltungsmitarbeiter ist für belastbare Entscheidungen der Ausschüsse zentral. In der Praxis führen Terminkollisionen und Wegezeiten jedoch zu Verzögerungen, Vertagungen und Mehraufwand. Die digitale Zuschaltung ermöglicht kurzfristig belastbare Auskünfte, verkürzt Sitzungen, senkt Reise- und Arbeitszeitaufwände sowie Kosten und erhöht die Planungs- und Versorgungssicherheit der Gremienarbeit. Damit wird Effizienz gesteigert, ohne neue finanzielle oder administrative Belastungen für die Stadt zu verursachen.

Die Fraktion FDP/FREIE WÄHLER im Stadtrat von Halle (Saale) regt an, von einer rechtssicheren digitalen Zuschaltung von Beschäftigten der Verwaltung zur Beantwortung von Sachfragen in allen Ausschüssen Gebrauch zu machen, sodass diese während der Ausschusssitzungen ihrer eigentlichen Tätigkeit nachgehen können und nur bei Bedarf zugeschaltet werden müssen.

### zu 8.3 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Martin Sehrndt zum Mühlweg

---

**Herr Rebenstorf** informierte, dass das Ordnungsamt nicht den fließenden Verkehr überwachen kann. Aus diesem Grund kann die Anregung nur dahingehend aufgenommen werden, dass der Sachverhalt an die Polizei weitergegeben wird.

**Herr Raue** fragte, ob Radfahren auf Bürgersteigen auch Angelegenheit der Polizei ist.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass es sich dabei auch um fließenden Verkehr handelt.

#### **Anregung:**

Herr Sehrndt bezog sich auf die Sperrung im Mühlweg und sagte, dass dennoch viele Fahrzeuge dort durchfahren, weil es keinen echten Vollzug der Regeln gibt. Dadurch entstehen die Probleme im ganzen nördlichen Innenstadtbereich, bis hin zum RosaLuxemburg-Platz: Häuser und Neubauten werden beschmiert. Er betonte, dass das Ordnungsamt ohne Polizei nicht ernst genommen wird. Besonders im Mühlweg würden Verkehrsschilder umgedreht, sodass man sie nicht mehr sieht, und es würden weiterhin Autos mit hoher Geschwindigkeit (ca. 80 km/h) hindurchfahren. Auch über Radfahrer, die auf Bürgersteigen fahren.

### zu 8.4 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität an Haltestellen Vorlage: VIII/2025/01881

---

**Herr Rebenstorf** informierte, dass die Verwaltung mit der HAVAG darüber diskutieren wird, ob eine derartige Beschallung in besonderen Ausnahmefällen möglich/sinnvoll ist.

#### **Anregung:**

Halle ist Händelstadt. Wir besitzen außerdem zahllose weitere kulturelle Angebote. Die daraus entstehende Musik bereitet vielen Menschen Freude.

In Städten wie Berlin<sup>1</sup> und München<sup>2</sup> wird in angemessener Weise klassische Hintergrundmusik an ausgewählten Haltestellen des ÖPNV gespielt. Dies verbesserte dort die Atmosphäre während des Wartens und pflegt zugleich die lokale Kultur.

In diesem Sinne bietet eine musikalische Bespielung ausgewählter Haltestellen eine große Chance, die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Dies gilt insbesondere auch für Randzeiten, in denen weniger Publikumsverkehr herrscht. Zugleich können wir der klassischen Musik von Künstler:innen aus Halle und der Region einen Raum bieten. Zugleich sichern die freistehenden Positionen der Haltestellen sowie zeitliche Anpassungen der Musikbespielung den Lärmschutz der Anwohner:innen und Geschäfte.

Vor diesem Hintergrund regen wir die Verwaltung an zu prüfen:

- inwieweit in Zusammenarbeit mit der HAVAG eine maßvolle akustische Aufwertung ausgewählter Haltestellen im Stadtgebiet mithilfe regionsbezogener Musik umgesetzt werden kann

---

<sup>1</sup> <https://www.bvg.de/de/service-und-kontakt/ambiente>

<sup>2</sup> <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/musik-im-u-bahnhof-ein-klassischer-zug-1.741352>

- darzustellen, welche Technik notwendig ist und welche Kosten bei der Realisierung und Wartung anfallen
- inwieweit sich die Maßnahme einer maßvollen akustischen Aufwertung in einen übergeordneten thematischen Zusammenhang integrieren lässt
- inwieweit Aspekte des Lärmschutzes bei einer zeitlich durchgängigen sowie alternativ eines zeitlich begrenzten Abspielens Berücksichtigung finden müssen
- inwieweit weitere Rahmenbedingungen (z. B. Verständlichkeit von Durchsagen für sehbehinderte Menschen) für eine Umsetzung zu beachten sind
- bis wann eine Umsetzung eines solchen Projektes erfolgen kann.

## **zu 9      Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** informierte, dass die Antwort zur Anfrage unter TOP 9.1 in Session hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

### **zu 9.2      Frau Ranft zum Umzug der Fraktionsgeschäftsstellen**

---

**Frau Ranft** bezog sich auf den Umzug der Fraktionsgeschäftsstellen und fragte, wann der Umzug genau stattfinden soll.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** sagte, dass in der nächsten Fraktionsvorsitzendenrunde der Zeitplan vorgestellt werden soll.

**Frau Ranft** erkundigte sich, ob die Fraktionsvorsitzendenrunde ab dem kommenden Jahr wieder montags stattfinden wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bejahte dies.

### **zu 9.3      Herr Raue zur Baumschutzsatzung**

---

**Herr Raue** bezog sich auf eine Anfrage seiner Fraktion zur Baumschutzsatzung. Die Verwaltung teilte mit, dass eine Antwort im März 2026 erfolgen werde. Er fragte nach, ob eine Antwort auch bereits Anfang Februar möglich ist.

**Herr Rebenstorf** erklärte, dass Baumfällungen nur bis Ende Februar zulässig sind, und wies darauf hin, dass die Kolleginnen und Kollegen im Januar mit dutzenden Baumfällanfragen beschäftigt sind, weshalb die Beantwortung erst im März erfolgen kann.

**Herr Raue** bat um schnellstmögliche Beantwortung.

#### **zu 9.4      Frau Dr. Burkert zum Kombinierten Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung**

---

**Frau Dr. Burkert** bezog sich auf die neu vorgestellte Variante der Verwaltung zur Beschlussvorlage „Kombinierter Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung“. Sie dankte der Verwaltung, da die Variante einen Kompromiss zwischen Umweltbelangen und den Vereinsaktivitäten der Kanuten und Drachenbootvereine darstellt. Sie bat um eine schnellstmögliche schriftliche Fassung der Beschlussvorlage vor der Stadtratssitzung.

**Herr Rebenstorf** erklärte, dass die Verschriftlichung mit Aufwand verbunden ist, da sichergestellt werden muss, dass die im vergangenen Planungsausschuss vorgestellte Skizze keine weiteren Fallstricke für die Stadtverwaltung enthält, die sich später in der Umsetzung nachteilig auswirken könnten. Er sicherte eine rechtzeitige Bereitstellung der Vorlage zu.

#### **zu 9.5      Herr Raue zum Kombinierten Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung**

**Herr Raue** erklärte, dass seine Fraktion zu diesem Thema einen Änderungsantrag einreichen wird, der einen Sicherheitsabstand von 75 cm zum Zaun vorsieht. Er fragte, ob der Beschluss aus dem Klimateam obsolet ist und ob über einen neuen Beschluss hinsichtlich einer Veränderung der Wegeführung des Radweges gesprochen wird.

**Herr Rebenstorf** erklärte, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage anpasst, um eine Korrektur vorzunehmen, sodass der Verein wie gewünscht sein überbreites Zelt an einer bestimmten Stelle aufstellen kann. Dadurch wären theoretisch keine Änderungsanträge mehr erforderlich, da dies bereits abgedeckt wäre.

**Herr Raue** fragte, ob die vom Klimateam beschlossene Variante rechtlich umsetzbar ist.

**Herr Rebenstorf** erklärte, dass eine Verschiebung des Radweges entlang der gesamten Zaunlänge nach Osten problematisch wäre, da dadurch vier oder fünf über 30-jährige Eichen hätten gefällt werden müssen. Würde hingegen nur ein Teil des Zaunes verschoben und der restliche Abschnitt von 25 Metern an der bisherigen Stelle belassen, könnte der Verein sein Zelt problemlos aufstellen. Dies stellt einen Kompromiss aus den in den Ausschüssen diskutierten Varianten dar.

**Frau Dr. Burkert** erklärte, dass der Verein mit der vorgeschlagenen Variante notfalls einverstanden ist. Die im Klimateam diskutierte Variante ist jedoch die Vorzugsvariante, da das Zelt nicht nur 15 Meter breit, sondern auch 40 Meter lang ist. Würde man 25 Meter wegnehmen, müsste ein kleineres Zelt aufgestellt werden, was den Verein einschränken würde.

## zu 10      Anregungen

---

### zu 10.1      Herr Raabe zu Überlastungsanzeigen

---

**Herr Raabe** bezog sich auf die schriftliche Antwort zur Anfrage seiner Fraktion zu Überlastungsanzeigen. Er regte an, einen Weg zu finden, wie eine zentrale bzw. statistische Erfassung dieser Anzeigen erfolgen kann. Seine Fraktion erachtet dies als sinnvoll, da gerade in den Haushaltsverhandlungen über Personalkürzungen diskutiert wird. Neben den Krankheitsständen könnten Überlastungsanzeigen für die Stadträte als Indikator dienen, in welchen Bereichen Personal eingespart werden kann und wo bereits am Limit gearbeitet wird.

### zu 10.2      Herr Vierkant zum Gesundheitskollektiv

---

**Herr Vierkant** erinnerte an die Beantwortung seiner Anfrage im Hauptausschuss im Oktober, in der er gefragt hatte, was hinter dem Gesundheitskollektiv in Heide-Nord steckt.

Es gab keine weiteren Anregungen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Dr. Alexander Vogt  
Oberbürgermeister

---

Maik Stehle  
Protokollführer